



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/113 - 18,5,54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Heinz Kühn: Zu den Wahlen in NRW (I)	S. 1
Fleite der österreichischen Kommunistenpresse	S. 3
Baumgartners peinliche Geheimliste	S. 4

Von der konstruktiven Opposition zur sozialen Regierung

Von Heinz Kühn, MdB, stellv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen

Am 27. Juni sollen die Männer und Frauen in Nordrhein-Westfalen, des bedeutendsten Landes der deutschen Bundesrepublik, an die Wahlurne gehen, um darüber zu entscheiden, ob die Verantwortung an Rhein und Ruhr wiederum einer CDU-Regierung übertragen werden soll.

Wie ist es zu dieser Regierung gekommen?

Am 18. Juni 1950, bei den letzten Landtagswahlen, erreichte die CDU noch 2,2 Millionen Stimmen, während die SPD bereits 2 Millionen gewinnen konnte. Diese Verschiebung des Kräftegewichts in Nordrhein-Westfalen erreichte den völligen Gleichgewichtszustand zwischen den beiden großen Parteien - ja, überschritt ihn sogar zugunsten der SPD - bei den Kommunalwahlen des Jahres 1952.

Die CDU hätte auf dieser schmalen Basis auch mit Hilfe des Zentrums keine Regierung bilden können, wenn sie nicht die Profiteurin eines Wahlgesetzes gewesen wäre, das die CDU ungewöhnlich begünstigte. Sie erzielte 16 sogenannte "Überhangmandate", d.h. Mandate, die über den Prozentanteil hinausgingen, den sie aufgrund ihres Stimmenanteils bei der Sitzverteilung im Landtag hätte beanspruchen können.

So erhielt die CDU 93 Mandate, die SPD nur 68, die FDP 26 (darunter vier Hospitanten der sogenannten "Nationalen Rechten"),

das Zentrum 16 und die KPD 12.

Die Regierungsbildung wurde durch Koalitionsverhandlungen mit der SPD eröffnet, die jedoch nach einer einzigen Sitzung der Verhandlungsdelegation beider Parteien von der SPD durch eine eindeutige Erklärung ihres Fraktionsvorsitzenden Fritz Henssler abgebrochen wurde, da die CDU einen "Führungsanspruch nach Wert und Zahl der Ministerien" verlangte. Nach der Verfassung bestimmt der Ministerpräsident die Richtlinien der Politik seines Kabinetts, jeder andere "Führungsanspruch" widerspricht nicht nur dem Geiste aufrichtiger Partnerschaft, der in einer Koalitionsregierung obwalten muß, er widerspricht auch den Bestimmungen der Landesverfassung, die gerade dem Ministerpräsidenten allein diese führende Stellung eingeräumt hatte.

Aber bereits während dieser Verhandlungen zeigte sich deutlich, daß die CDU ihrem Ministerpräsidentenkandidaten Arnold keine wirkliche Führungsrolle zuzubilligen bereit war. Er wurde häufig von seiner eigenen Fraktionsleitung in eine Rolle gedrängt, die alles andere als eine Führungsrolle war. In vielwöchigen, zum Teil außerordentlich heftigen interfraktionellen Auseinandersetzungen der CDU, in denen der rechte Flügel versuchte, auf Wunsch Adenauers eine CDU-FDP-Regierung zustande zu bringen, kam es dann zu jenem "Übergangskabinett" aus CDU und Zentrum. Diese Kleinstkoalition verfügte lediglich über die Miniaturmehrheit von drei Stimmen.

Übergang zur Entscheidungslosigkeit

Ihre relative parlamentarische Stabilität besaß die Regierung Arnold vor allem infolge der Tatsache, daß die Kommunisten mit dem größeren Teil ihrer Abgeordneten meist mehr im permanenten politischen Überholungsverfahren in der Ostzone, anstatt im Lande Nordrhein-Westfalen und seinem Parlament waren.

So konnte denn die Regierung mit jeweils bescheidenen Mehrheiten über die Runden kommen. Aber ihre eigentliche Stabilität lag sehr viel mehr darin, daß sie es geflissentlich vermied, heiße politische Eisen anzupacken. Dieses "Übergangskabinett" war ein Kabinett des Übergangs zur Entscheidungslosigkeit. Keine der entscheidend wichtigen Probleme der Landespolitik wurden in Angriff genommen. Soweit in dieser Legislaturperiode Lösungen von der Regierung angestrebt wurden, waren sie meist bereits von der vorhergehenden Regierung, oft gerade durch die Initiative der sozialdemokratischen Minister, vorgezeichnet. Das wichtigste Beispiel ist hier das Polizeigesetz, das die Polizei zu einer Angelegenheit des Landes macht und damit einer Grundkonstruktion folgte, die von Dr. Walter Menzel, dem ehemaligen sozialdemokratischen Innenminister, noch in seiner Amtszeit entwickelt worden war - übrigens gegen die ursprünglichen Absichten der CDU.

Überall dort, wo man von der Regierung klare Vorstellungen und nütige Konzeptionen hätte verlangen müssen, antwortete sie mit zögernder Entschlußlosigkeit, so daß lediglich die im Gefolge des koranischen Krieges auch die nordrhein-westfälische Wirtschaft befruchtende Rüstungskonjunktur und die loyale und verantwortungsvolle Oppositionspolitik der sozialdemokratischen Fraktion des Kabinetts vor ersten Krisen bewahrt haben.

Bald Seltenheitswert für SammlerVon unserem Wiener Mitarbeiter

Als 1945 in Wien die Russen einmarschierten, glaubten die Kommunisten, daß ihre Stunde gekommen sei. Ihr Paradeliterat Dr. Ernst Fischer bemühte sich daher auch eifrigst die propagandistischen Voraussetzungen zur Erfassung der Masse durch Errichtung einer entsprechenden Publizistik zu schaffen. Gemäß der alten Volksregel "Mit Speck fängt man Mäuse", glaubte man durch eine mit vielen Unterhaltungsbeiträgen getarnte Wochenzeitung die Bevölkerung über die wahren Absichten hinwegtäuschen zu können.

So erschien im Herbst 1945 "Die Woche", deren Auflagenhöhe die Hunderttausendgrenze erreichte. Wegen ihres Umfangs und ihres Vorsprunges, den sie vor allen anderen österreichischen Unterhaltungsorganen hatte, die erst später mit Papierzuteilungen bedacht wurden, ging das Verbreitungsgebiet bis tief in die westlichen Bundesländer. Die Tendenz des Blattes war jedoch bald durchschaut. Als später andere parteipolitische und unabhängige Unterhaltungsblätter auf den Markt kamen und mit der kommunistischen "Woche" in freiem Wettbewerb treten konnten, sank die Auflagenziffer von Monat zu Monat um ein Erhebliches. Während noch im Jahre 1953 die Kommunisten im "Handbuch der österreichischen Presse" die Behauptung aufstellten, daß "Die Woche" mit 78000 Exemplaren erscheine, sank die Auflage bereits bis April 1954 auf 25000. Man brauchte also kein Prophet zu sein, um das Ende dieses publizistischen Organs des Globus-Verlages in Wien, besonders unter Berücksichtigung der letzten Papierpreiserhöhung, mit ziemlicher Sicherheit vorauszusagen. Wie erwartet, erfolgte auch im Monat April die Einstellung des Blattes.

Dieser Harakiri sollen noch weitere Presseerzeugnisse folgen. Man spricht vor allem von der Aufgabe des "Tagbuch", das mit einer Auflage von etwa 3500 Stück als "Kultursprachrohr" der kommunistischen Literaten Fischer, Matejka und Frei in Kulturdiskussionen mitreden wollte und daher bis jetzt um jeden Preis gehalten wurde. Die übrigen kommunistischen Wochenblätter kämpfen schwer um ihren Bestand und erscheinen teilweise sogar sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die höchste Auflage mit etwa 10000 Exemplaren hat "Der Erdölarbeiter",

der in den Erdölgebieten unter Druck der Besatzungsmacht "an den Mann" gebracht wird.

Auch den Tageszeitungen ist kein rosiges Dasein beschieden. Ihre Auflagen bewegen sich zumeist zwischen 1800 und 4700 Exemplaren. Da noch ein weiteres Absinken der kommunistischen Presse durch die eindeutige Abwehr der österreichischen Arbeiterschaft im besonderen und der Bevölkerung im allgemeinen zu erwarten ist, dürften diese Zeitungen bald Seltenheitswert für Sammler erhalten.

+ + +

Baumgartners "peinliche" Geheimliste

K.T. - München

Politik kann köstlich sein, wenn sie dabei auch ins Lächerliche abzugleiten droht. Bayern liefert von Zeit zu Zeit derartige köstliche Zwischenfälle, die den "tierischen Ernst" der Politik auflockert und dem Leser je nach Temperament ein lautes Lachen oder leises Schmunzeln entlockt.

Da hatte der ehr- und streitbare Landesvorsitzende der Bayernpartei, Dr. Joseph Baumgartner, vor einigen Tagen in Regensburg sich an die sich sehr christlich gebührende Christlich Soziale Union gewandt und ihr das Recht abgesprochen, zu glauben, nur sie allein sei eine das Christentum und die Moral fördernde Partei in bayerischen Landen. Um jedoch diese Behauptung zu untermauern, erklärte sich Baumgartner in aller Öffentlichkeit bereit, "eine Liste der Ehebrecher unter den CSU-Landtagsabgeordneten zu veröffentlichen", die im Landtag mit frömmelndem Augenaufschlag und donnerndem Pathos gegen die sittenverdorbene und moralisch zerstörte Welt im allgemeinen und die das Christentum gefährdenden Parteien im besonderen wettern, dagegen aber im Privatleben, fernab aller Politik, sozusagen im stillen Kämmerlein, sich einer Beschäftigung ergeben, die man laut Bürgerlichem Strafbuch als "Ehebruch" bezeichnet.

Daß man den Politikern intime Schlafzimmergeheimnisse vorwirft, ist nicht neu, daß man aber die Kenntnis dieser Dinge auch der Öffentlichkeit bekanntgeben will - immer nach dem Motto: "Ich danke Dir Herr, daß ich nicht bin wie jener" - hat doch überrascht. Wenn man

diese Behauptung Baumgartners auch nicht nachprüfen kann ~ diese Geheimliste der Ehebrecher hütet der Landesvorsitzende für alle Fälle wie einen kostbaren Goldschatz in der Geheimschublade - so hatte seine Erklärung in den Reihen der angegriffenen CSU-Landtagsabgeordneten doch ziemliche Bestürzung hervorgerufen. Sei es, daß man diese Art von Wahlpropaganda als sehr "schmutzig" bezeichnete, sei es, daß man um das eigene Seelenheil fürchtete, weil man eben nicht immer und zu jeder Zeit getreu den Geboten gelebt und geliebt hatte. Jedenfalls sah sich der Fraktionsvorsitzende der CSU im Bayerischen Landtag, Prälat Meixner, gezwungen, in einem Brief an Baumgartner diesen aufzufordern, ihm die Liste der "ehebrecherischen Landtagsabgeordneten" zur Überprüfung zu überlassen. "Abgeordnete einer christlichen Partei müßten bestrebt sein, die Grundsätze, die sie im öffentlichen Leben verkünden und vertreten, auch im persönlichen Leben zu verwirklichen". - Müßten -, wenn sie es nicht tun, dann ...?

In den Wandelgängen des Maximilianeums (Bayerischer Landtag) herrschte ob dieser Forderung des Prälaten teilweise betretenes Schweigen bei verschiedenen CSU-Abgeordneten. Doch Baumgartner hatte mit den "Fehlritten" seiner Landtagskollegen Mitleid und gab Meixner zur Antwort, daß seine Regensburger Erklärung letztlich nur besagen sollte, daß sich auch in der CSU "nicht lauter Heilige" befänden. Im übrigen liege es ihm fern, einen persönlichen Kampf heraufzubeschwören. Meixner und die CSU-Landtagsfraktion nahm Baumgartners Antwort mit "Befriedigung" entgegen, was aber nicht heißen soll, daß man dem inquisitorischen Baumgartner vergeben hat. Sein Schreckschuß ist manchen doch arg in die Glieder gefahren.

Zur Abrundung dieser heiteren oder vielmehr ziemlich bezichnenden Taktik eines politischen Wahlkampfes soll nicht verschwiegen werden, daß einige aufgebrauchte CSU-Abgeordnete nach Baumgartners Androhung erklärten: "Was, ausgerechn't de woill'n uns was am Zaig'l flikka? Da kenna mir no ganz and're Dinga zua Sprach' bringa". Eine tief-sinnige Antwort und Reaktion.

+ + +